Technischer Ausschuss - öffentlich - vom 27.09.2016
1) TOP Bürger fragen

Herr Hornung: Vor den Bauarbeiten der Firma Nexus habe es beim ehemaligen Kreiswehrersatzamt einen Fußweg zwischen Bahnhofstraße und Irmastraße gegeben. Er möchte wissen, ob dieser Fußweg wieder geöffnet werde.

BM Kaiser: Tatsächlich habe es dort keinen Fußweg gegeben, das Gelände des Kreiswehrersatzamtes sei jedoch von den Bürgern als Abkürzung genutzt worden. Die Notwendigkeit eines kurzen Weges im betreffenden Bereich sei auch seitens der Stadt Donaueschingen gesehen worden; insbesondere seien viele ältere Bürger dort auf kurze Fusswege angewiesen. Die Stadt Donaueschingen habe daher einen Streifen zwischen der Wohnanlage und dem Irmapark von der Bundesrepublik Deutschland erworben. Dort werde ein Fuß- und Radweg gebaut; jedoch müsse zuvor ein gewisser Baustand der Firma Nexus abgewartet werden. Der Weg werde jedoch auf jeden Fall kommen.

2) TOP 4-090/16 Windkraft - Sachstandsbericht

Bürgermeister Kaiser führt in das Thema ein:
Im Jahr 2013 sei vom Gemeindeverwaltungsverband Donaueschingen der erste windkraftbezogene Flächennutzungsplan des Regierungspräsidiums Freiburg entwickelt worden. Ein solcher sei Voraussetzung für die Errichtung von Windkraftanlagen. Es sei dann ein Betreiber gefunden worden, der jedoch wieder ausgestiegen sei. Anschließend konnte die Firma solarcomplex als neuer Betreiber gefunden werden. Jetzt sei ein konkreter Planungsstand erreicht, über den man nun informieren wolle.

Herr Müller (Fa. solarcomplex) erläutert anhand einer PowerPoint Präsentation den Projektstand.

BM Kaiser: (auf Frage von Stadtrat Greiner) Die Verwaltung werde die Folien der PowerPoint- Präsentation, nachdem man sie von der Firma solarcomplex erhalten habe, auf die Homepage stellen.

Stadtrat Greiner: nach den Ausführungen von Herrn Müller würde eine Fläche von 3,5 ha gerodet werden, im Gegenzug solle eine Fläche von 14 ha aufgeforstet werden. Hier bestünde ein auffälliges Missverhältnis.

Herr Müller (Fa. solarcomplex): Die 14 ha seien die Ausgleichsflächen für das Gesamtprojekt; für die die Stadt Donaueschingen betreffenden Maßnahmen müssten lediglich Ausgleichsflächen von 4,6 ha gefunden werden. Grundsätzlich sei es aber richtig, dass im Verhältnis zu den gerodeten Flächen im Rahmen des Ausgleichs wesentlich mehr Flächen aufgeforstet werden müssten.

Stadtrat Greiner: Im Rahmen der Präsentation sei eine Nutzungsdauer von 20 Jahren genannt worden. Interessant sei die Frage, was nach dem Ablauf dieser Nutzung passiere. Erfolge ein Rückbau mit Wiederaufforstung oder sei eine anschließende Nutzung zur Windkraftgewinnung geplant? Interessant sei in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage, ob der Ausgleich anderweitig verwendet werden könne, wenn nach Ablauf der Nutzung die gerodete Fläche wieder aufgeforstet würde.

BM Kaiser: Diese Fragen seien alle vertraglich geregelt, insbesondere enthalte der Vertrag mit der Firma solarcomplex Rückbauauflagen.

Herr Müller (Fa. solarcomplex): die in der Präsentation genannte Nutzungszeit von 20 Jahren sei die geplante Mindestnutzungszeit, gewünscht sei ein deutlich längerer Betrieb der Anlage. Nach Ablauf der Lebenszeit der Anlage sei der Bau einer neuen Anlage nur bei einem neuen Antrag möglich. Ob ein solcher Antrag genehmigt würde, hänge von den dann geltenden Vorschriften ab; eine Prognose darüber könne also nicht getroffen werden. Der Rückbau der Anlage nach Ablauf der Nutzungsdauer sei zudem öffentlich–rechtlich abgesichert, es werde also keine Ruine stehen bleiben.

Herr Müller (Fa. solarcompex): (auf Frage von Stadtrat Kaiser) Qualität sowie Art und Weise der Aufforstung habe in Absprache mit den zuständigen Behörden zu erfolgen, eine eigene Entscheidung diesbezüglich sei nicht möglich. Aus diesem Grund könne auch eine Aussage zur Qualität der Aufforstung nicht getroffen werden.

Herr Ruf (Fa. solarcomplex): Hinsichtlich der Aufforstung sei ein Mindestausgleich von 1:1 gefordert, es müssten also jedenfalls 8,6 ha (das sei die insgesamt gerodete Fläche) aufgeforstet werden. Im übrigen sei gegebenenfalls in Absprache mit den zuständigen Behörden

auch die qualitative Aufwertung einer Monokultur möglich.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 4-087/16 Stadtwald - Haushaltsansätze 2017

Bürgermeister Kaiser führt in das Thema ein: Der Forst sei auch wirtschaftlich ein wichtiger Faktor für die Stadt Donaueschingen. Vereinfacht dargestellt könne man sagen, dass 200.000,-- € Holzerlös für die Stadt soviel sei wie 1 Million € Gewerbesteuer.

Frau Lorek führt anschließend kurz in die Arbeit des Forstamtes ein.
Die vorhandenen Probleme würden aktiv angegangen. Insbesondere im Hinblick auf das Eschentriebsterben sei man sehr engagiert; hier würden in großem Umfang Flächen umgebaut werden. Insgesamt werde es für das laufende Jahr ein positives Betriebsergebnis geben; der Stadtwald sei insbesondere auch im Vergleich zu anderen Kommunen gut aufgestellt.

Herr Meier (Kreiskämmerei) erläutert den Sachstand von 2016 und die Betriebsplanung für 2017 anhand einer PowerPoint Präsentation.

Herr Karrer: Die Haushaltsansätze seien sehr erfreulich, insbesondere die dargestellten Mehreinnahmen. Interessieren würde ihn die Frage, wann man hinsichtlich des Alt- und Totholzkonzepts über Planungsergebnisse sprechen könne.

Frau Lorek: Das Alt- und Totholzkonzept werde gerade erstellt, anschließend werde eine Besprechung erfolgen, diese sei voraussichtlich im Frühjahr möglich.

Herr Meier (Kreiskämmerei): (auf Frage von Stadtrat Kaiser) Mit den Ausgleichsmaßnahmen für die Windkraftanlagen würden Unternehmer beauftragt, dies sei mit eigenem Personal nicht machbar. Die entstehenden Kosten durch die Beauftragung würden aber in vollem Umfang ersetzt werden.

Stadtrat Wild: erwähnt lobend, dass das Ergebnis des Haushalts für ihn nachvollziehbarer sei als in der Vergangenheit.

BM Kaiser: (auf Frage vom Stadtrat Bäurer) Die Pachteinnahmen der Windräder würden dem Forsthaushalt zufließen.

Stadtrat Bäurer: Die veranschlagten Pachteinnahmen der Windräder erschienen ihm sehr gering.

BM Kaiser: Bei der vorhandenen Berechnung handle es sich um eine vorsichtige Schätzung. Es sei daher möglich, dass die tatsächlichen Einnahmen höher seien; das Ergebnis bleibe insofern abzuwarten.

Herr Kneer: Hinsichtlich der Einnahmen der Windkraftanlagen sei zu berücksichtigen, dass die Pachteinnahmen erst ab Inbetriebnahme der Windräder fließen, nach aktueller Planung sei dies frühestens September 2017 der Fall, daher sei der Ansatz sehr vorsichtig.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 4-089/16 Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar / Sachstandsbericht durch Geschäftsführer Jochen Cabanis

---

Bürgermeister Kaiser führt in das Thema ein: Die Stadt Donaueschingen sei frühzeitig eingestiegen in das Thema Datenversorgung und habe auf diesem Gebiet auch viel bewegt. Auf Anregung von Landrat Hinterseh sei dann im Jahr 2014 der Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar gegründet worden.

Herr Cabanis berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über den Sachstand der Breitbandversorgung.

Herr Bunse: In diesem Jahr stände ein Betrag in Höhe von 1,3 Millionen €, der in die Breitbandversorgung investiert werden könne, zur Verfügung. Ein Betrag in Höhe von 800.000,-- € sei in den Haushalt eingestellt worden, zudem sei ein Haushaltsrest in Höhe von 500.000,-- € vorhanden. Auch im nächsten Jahr werde voraussichtlich ebenfalls ein Haushaltsrest verfügbar sein, sodass bei Einstellung eines Betrages in Höhe von 800.000,-- € mit Haushaltsresten voraussichtlich ein Betrag von etwa 1 Million € verfügbar sein werde.

Stadtrat Vetter: Die Gesamtinvestitionen für die Breitbandversorgung in Donaueschingen mit Ortsteilen werden etwa 20 Millionen € betragen. Bei dem derzeitigen Investitionsstand würde der Ausbau damit 15 Jahre dauern. Dieser Zeitrahmen sei viel zu lang. Insgesamt sei Donaueschingen zwar nicht schlecht versorgt, im Vergleich zu anderen Kommunen wie Blumberg, Bräunlingen oder Hüfingen habe Donaueschingen jedoch ein geringeres Investitionsvolumen. Daher bestünde die Gefahr, dass man in ca. 5 bis 6 Jahren den Anschluss verlieren könne. Es sei deshalb auch über andere Formen der Finanzierung nachzudenken, z.B. ein Eigenbetrieb wie in Blumberg. Zudem würden aus den Investitionen in die Breitbandversorgung Zugewinne an die Stadt zurück fliesen, sodass sich entsprechend höhere Investitionen bezahlt machen würden. Schließlich sei auch die Fördersituation derzeit sehr gut; dies werde sich in Zukunft voraussichtlich aufgrund der Vielzahl der Anträge ändern. Man solle daher „ aufs Gaspedal drücken“, um nicht in Zukunft den Anschluss beim Thema Glasfaser zu verlieren.

BM Kaiser: Über das Investitionsvolumen müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen der Gemeinderat entscheiden.

Herr Zoller: Im Vorfeld der Gründung des Zweckverbandes seien mehrere Gestaltungsmöglichkeiten überlegt worden, insbesondere auch im Hinblick auf eventuelle steuerliche Vorteile. Dabei wurde zur Generierung des städtischen Finanzanteils auch über die Möglichkeit eines Eigenbetriebes gesprochen. Mit dem Zweckverband und den direkten Zuschüssen aus dem Haushalt der Stadt sei nun ein gutes Modell gefunden worden. Auch im Hinblick auf die Umsatzsteuer; hier sei man gut aufgestellt. Ein Eigenbetrieb biete keine besonderen Vorteile, auch in einen Eigenbetrieb müsse zunächst Geld investiert werden. Insbesondere die Darlehensaufnahme sei über einen Eigenbetrieb nicht günstiger, er erkenne daher insgesamt keine Vorteile.

Stadtrat Merkle: Der derzeitige Stand sei momentan wohl in technologischer Hinsicht ausreichend. Man müsse jedoch aufpassen, dass man für die Zukunft nicht den Anschluss verliere. Er gehe daher auch davon aus, dass der Zeitrahmen von 15 Jahren zu lang sei und plädiere deshalb ebenfalls dafür, dass der Ausbau des Breitbandes zügig vorangetrieben wird. Interessant sei für ihn allerdings die Frage, wie man Bürger, die derzeit mit einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur ausgestattet sind und bereits Geld in einen höherwertigen Anschluss investiert haben, motivieren wolle, um sich an dem Glasfaseranschluss zu beteiligen.

Herr Cabanis: Dies stelle in der Tat ein Problem dar, insbesondere wenn die Bürger relativ zeitnah bereits für die Datenversorgung bezahlt haben, wie dies beispielsweise in Heidenhofen der Fall sei. Der Zweckverband werde sich jedoch Maßnahmen überlegen, um auch in derlei Konstellationen die Leute zu motivieren, sich für eine Investition in den Glasfaseranschluss zu entscheiden. Er sei zuversichtlich, dass diese Maßnahmen auch erfolgreich sein werden.

Stadtrat Müller: Der Backbone werde quer durch Wolterdingen verlegt; er sei davon ausgegangen, dass alle Bürger, die links und rechts der verlegten Leitung wohnen, auch an das Breitband angeschlossen werden können. Dies sei jedoch leider nicht der Fall, insbesondere die Bürger, die bereits einen unitymedia-Anschluss haben, können nicht an das Breitband anschließen. Es solle daher die Möglichkeit geschaffen werden, dass jeder in der Lage ist, ans Breitband anzuschließen. Im übrigen bitte auch er um einen zügigen Ausbau des Breitbandnetzes. Insbesondere sollten auch dort, wo anderweitige Arbeiten erfolgen, zumindest die Voraussetzung für die Verlegung geschaffen werden, beispielsweise durch die Verlegung von Leerrohren. Hinsichtlich der in Wolterdingen durchgeführten Arbeiten sei er nicht zufrieden damit, dass überall im Ort Baustellen seien und keine Maßnahme fertiggestellt werde. Darüber hinaus sei der Gehweg an mehreren Stellen nach der Verlegung schlecht wieder hergestellt worden und teilweise uneben. Dies müsse behoben werden. Für die Zukunft mahne er daher eine saubere Wiederherstellung an.

Herr Cabanis: Der Abschluss der Baumaßnahmen in Wolterdingen habe sich zum Teil durch vorher nicht erkennbare Probleme verzögert. Dies sei auch seiner Sicht nicht ideal. Ein Abschluss der Arbeiten sei aber vor dem Winter möglich und werde auch sichergestellt. Die Arbeiten hinsichtlich des Gehweges seien tatsächlich in Wolterdingen teilweise nicht fachmännisch vorgenommen worden. Eine Bezahlung der Firmen, die dafür zuständig sind, erfolge jedoch erst, wenn die Abnahme der Arbeiten erfolgt sei. Bei unfachmännischer Herstellung müsse hier von den Firmen nachgearbeitet werden. Er hoffe darauf, dass in Zukunft eine sorgfältige Ausführung der Arbeiten erfolge.

(Auf Frage von Stadtrat Bäurer) Eine Verlegung des Breitbandes in Lehrrohre sei nicht immer möglich. Außer Orts sei dies meist unproblematisch, innerorts könnten jedoch Probleme auftreten. Wo eine Verlegung in Leerrohren möglich sei, werde diese auch vorgenommen.

(Auf weitere Frage von Stadtrat Bäurer) Tatsächlich werde zum Teil das Glasfaserkabel neben bereits verlegtes Glasfaserkabel verlegt. Der Zweckverband baue ein komplett autarkes Netz auf. Dies sei auch beabsichtigt, damit hier ein Wettbewerb möglich werde.

Stadtrat Erndle: kritisiert die geplante Verlegung in Donaueschingen. Aus seiner Sicht sei eine Verlegung in Richtung der Gewerblichen Schulen wichtiger als die Verlegung in Richtung der Eichendorffschule.

Herr Cabanis: Eigentlich müsse man dort das Breitband in beide Richtungen verlegen. Dies sei jedoch wegen der begrenzten Mittel nicht möglich. Die Verlegung in Richtung der Eichendorffschule geschehe, weil dort ein Verteiler geplant sei, für den sich dort ein guter Standort ergeben habe.

Stadtrat Vetter: regt an, dass der nächste Bericht gegenüber dem Gemeinderat erfolgen solle.

BM Kaiser: wenn dies gewünscht werde, komme man dem gerne nach.

Beschluss: Der Sachstandsbericht 2016 des Geschäftsführers des Zweckverbands Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar wird zur Kenntnis genommen.

5) TOP 4-088/16 Eigenbetrieb Wasserwerk / Erweiterung Wassergewinnung - Ergebnis Probebohrung

Bürgermeister Kaiser führt in das Thema ein: 85 % der Bevölkerung von Donaueschingen würden durch die Gutterquelle versorgt. Bei einem Ausfall der Gutterquelle würden daher große Probleme auf die Stadt zukommen. Vorsorgemaßnahmen seien daher unbedingt erforderlich, zumal eine derartige Situation bereits im Februar 1990 einmal eingetreten sei. Das Thema werde sei dem Jahr 2007 durch die Stadt verfolgt. Zunächst sei eine gemeinsame Lösung mit der Stadt Bad Dürrheim geplant gewesen. Diese sei aber im Jahr 2009 aufgrund eines Bürgerentscheids in Bad Dürrheim gescheitert. Man habe daher eine eigenen Lösung verfolgt; im Zuge der entsprechenden Planungen seien die nun zu erörternden Probebohrungen erfolgt.

Herr Bunse erläutert den Tagesordnungspunkt weiter anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Stadtrat Greiner: Die Notversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sei natürlich wichtig. Jedoch sei der Vollausbau zu einem ständigen Produktionsbrunnen nicht erforderlich. Zwar müsse das Aufbohren natürlich erfolgen. Bei den weiteren Maßnahmen könne man jedoch aus seiner Sicht unnötige Kosten einsparen. Dies betreffe beispielsweise das Pumpenhaus und die Einbindung in die zentrale Steuerung. Er rege daher an, eine günstigere Lösung zu verfolgen.

Stadtrat Karrer: Das Projekt müsse auf eine Weise weiter betrieben werden, dass es sofort funktioniert wenn der Ernstfall eintritt. Man solle insofern die endgültige Planung zunächst abwarten, nicht jedoch bereits im voraus Sparpläne machen.

Stadtrat Wild: In der Nähe der künftigen Notwasserversorgung liege die Hüfinger Wasserversorgung. Daher sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass hier keine gemeinsame Lösung möglich sein soll. Es stelle sich deshalb für ihn die Frage, warum eine autarke Lösung für ca. 2 Millionen € notwendig sei.

Stadtrat Kaiser: Einen gleichwertigen Ersatz für die Gutterquelle könne die ermittelte Notwasserversorgung nicht leisten, dies ergebe sich aus den bei der Probebohrung ermittelten 20 Litern pro Sekunde, die lediglich die Hälfte des Bedarfs abdecken. Zudem sei die Qualität des Wassers aus seiner Sicht problematisch. Als Notwasserversorgung sei dies ausreichend, jedoch nicht für eine vollwertige Versorgung.

Herr Scholl: Die Notwasserversorgung solle den Stand der Technik erfüllen. In Teilen sei sicher eine Reduzierung der Kosten möglich, beispielsweise hinsichtlich des Pumpenhauses. Es stelle sich jedoch die Frage, ob dies sinnvoll ist, da auch eine langfristige Notwasserversorgung möglich sein müsse.

Herr Bunse: 2017 werde eine weitere Vorplanung erfolgen. In diesem Rahmen würden auch wegen der Kosten Optimierungen vorgenommen werden. Er sei insofern dankbar für die erteilten Hinweise; die Verwaltung werde diese bei der weiteren Planung berücksichtigen.

Eine gemeinsame Lösung sei ursprünglich geplant, aber nicht möglich gewesen, man habe daher eine eigene Lösung verfolgen müssen.

Die Wasserqualität entspreche in der Tat nicht dem heutigen Standard, sei jedoch als Notwasserversorgung ausreichend.

Herr Scholl: Die ermittelten 20 Liter pro Sekunde stellen lediglich das Ergebnis der erfolgten Probebohrung da. Die Prognose für die zukünftige Leistungsfähigkeit liege bei 45 – 50 Liter pro Sekunde, was zur Versorgung der Stadt ausreichend sein sollte. Ein permanenter Minimalbetrieb der Anlage sei zudem erforderlich, um die jederzeitige Funktionsfähigkeit der Anlage gewährleisten zu können.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 4-086/16 Kläranlage Wolterdingen - Planung und Neubau Abwasserdruckleitung von Wolterdingen nach Donaueschingen / Information

Die Stadträte Markus Greiner und Christian Kaiser sind befangen. Herr Greiner und Herr Kaiser nehmen deshalb weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagungsordnungspunkt teil und halten sich im Zuhörerbereich auf.

Herr Röhl vom Ingenieurbüro Greiner erläutert den Tagesordnungspunkt und stellt den Stand der Planung anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

(Auf Frage von Stadtrat Müller) Die Betriebssicherheit der Druckleitung werde bei der Planung beachtet. Es würden zwei voneinander unabhängige Druckleitungen verlegt. Zudem sei auch immer eine Ersatzpumpe vorhanden. Des Weiteren gebe es ein Puffervolumen bei der Kläranlage. Ein Ausfall von einem halben Tag könne in jedem Fall kompensiert werden. Insgesamt sei das Risiko durch die Planungen deutlich minimiert.

Stadtrat Erndle: Auf der gewählten Trasse sei die Straßenbeschaffenheit zum Teil nicht besonders gut. Er rege daher an, dass im Zuge der Trassenverlegung auch der Weg zumindest teilweise neu gemacht werde.

Herr Röhl: (Auf Frage von Stadtrat Merkle) Die Pumpleistung stehe noch nicht abschließend fest. Voraussichtlich werde diese sich im Bereich von 30 bis 40 kW bewegen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 4-092/16 Bebauungsplan "Auf der Leimgrube" / Grüningen - Offenlegungsbeschluss

Bürgermeister Kaiser führt in das Thema ein.

Herr Bunse erläutert den Bebauungsplan anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Stadträtin Bronner fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, die Stromleitungen, die über das Gelände laufen, unterirdisch zu verlegen.

Herr Bunse: Die unterirdische Verlegung der Stromleitungen sei sehr kostenintensiv, dafür sei eine 6-stellige Summe erforderlich. Im Ergebnis sei dies daher nicht durchsetzbar.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 4-105/16 Mehrzweckhalle Grüningen / Neubau - Vorstellung Entwurf

Herr Bunse führt in das Thema ein.

Architekt Limberger stehlt die Planung anhand PowerPoint-Präsentation vor.

Stadtrat Durler: Insgesamt handle es sich bei der Planung um ein gelungenes Vorhaben für Grüningen. Interessant sei für ihn, was hinsichtlich des Hallenbodens geplant sei und ob über einen Zugang zur Bühne von hinten nachgedacht worden sei.

Stadtrat Karrer: möchte wissen, ob man sich bereits über die Aussenhaut des Gebäudes hinsichtlich Farbgebung und Material Gedanken gemacht habe.

Stadtrat Wild: mit der geplanten Halle habe man eine funktionale und zweckmäßige Lösung gefunden. Das Konzept sei schlüssig, die Gestaltung unterstreiche zudem den örtlichen Charakter von Grüningen sehr gut.

Stadtrat Greiner: Anfänglich seien Kosten in Höhe von 2 Millionen € in den Raum gestellt worden. Die nun ermittelten Kosten seien jedoch erheblich höher. Zudem seien die Parkplätze und der Abbruch der alten Halle noch nicht in den Kosten enthalten. Er rege daher an, dass Konzept insgesamt noch einmal kritisch zu betrachten, um doch noch die Kosten geringer halten zu können. Insbesondere seien die hohe Dachkonstruktion, die feste Bühne und der zusätzliche Anbau für Lagerfläche erhebliche Kostenfaktoren, auf die gegebenenfalls auch verzichtet werden könne. Er stimme zwar der weiteren Planung zu, insbesondere auch im Hinblick auf die Stellung des ELR-Antrages. Die Planung solle jedoch nochmals optimiert werden.

Stadtrat Kaiser: Insgesamt handle es sich um ein schlüssiges Konzept. Jetzt solle in der Detailplanung mehr Sicherheit auch hinsichtlich der Kosten geschaffen werden.

Stadtrat Vetter: Auch er halte das Konzept grundsätzlich für gut. Jedoch seien drei Frauentoiletten zu wenig; hier müsse großzügiger geplant werden.

BM Kaiser: Es bestehe grundsätzlich ein Spannungsverhältnis zwischen den Kosten einerseits und großzügiger Planung andererseits. Hier müsse eine gesunde Balance gefunden werden. Damit der Zuschussantrag für Mittel aus dem Entwicklungsprogramm Ländlichen Raum gestellt werden kann, sollte heute ein Grundsatzbeschluss zur Planung gefällt werden. Das Raumprogramm und die Ausstattung müssen später angepasst werden.

Herr Bunse: Er freue sich über die grundsätzliche Zustimmung. Der großzügige Anbau sei aus seiner Sicht optional. Man könne auf diesen auch verzichten, wenn die Kosten zu hoch würden. Auch sei eine spätere Realisierung des Anbaues möglich. Die übrigen Anregungen würden bei der weiteren Planung geprüft werden.

(Auf Frage von Stadtrat Karrer) Hinsichtlich der Oberflächenentwässerung solle der Bau von Versickerungsanlagen (Mulden o.ä.) geprüft werden. Die Möglichkeit eines Zugangs zur Bühne von hinten werde ebenfalls geprüft werden, dies sei eine gute Überlegung. Zu den weiteren Detailfragen hinsichtlich der Planung wolle er sich im Moment nicht äußern. Hier seien zunächst weitere Planungen erforderlich.

Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss stimmt der vorgestellten Planung zum Neubau der Mehrzweckhalle als Basis für

den ELR-Antrag zu.

2. Raumprogramm und Ausstattung sind im Hinblick auf Kostenreduktion zu überarbeiten.

3. Über den Zeitpunkt der Realisierung entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen.

(einstimmig)

9) TOP 4-096/16 Brigach- / Bregzusammenfluss - Auepark Donauursprung u.a.

Herr Bunse erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Stadtrat Erndle: Der Neubau des Kreistierheimes sei seit über 6 Jahren ein Thema. Ursprünglich sei ein zentraler Neubau in Villingen-Schwenningen geplant gewesen, dieser sei jedoch nicht zustande gekommen. Das Kreistierheim sei schließlich eine Einrichtung des Landkreises und komme dem gesamten Kreis zugute. Die Stadt Donaueschingen habe einen Anteil von 1/10 an der Bevölkerung des Landkreises. Er könne es daher nicht unterstützen, dass dem Kreistierheim ein Grundstück durch die Stadt zur Verfügung gestellt werde. Der gesamte Kreis bzw. die entsprechenden Kommunen müssten hier ihren Anteil beitragen. Die Finanzierung des Kreistierheimes könne nicht alleine Aufgabe der Stadt Donaueschingen sein, diese solle lediglich 10% der entsprechenden Kosten tragen.

Stadtrat Kaiser: Die veranschlagten Kosten für das Kreistierheim in Höhe von 2,5 Millionen € (ohne das Grundstück) erschienen ihm sehr hoch. Es solle daher untersucht werden, ob hier nicht eine Kostenoptimierung möglich ist.

Stadtrat Wild: Insgesamt handle es sich bei dem Brigach-/ Bregzusammenfluss um ein wunderbares Projekt. Er könne allerdings nicht nachvollziehen, dass der Bund im Rahmen des Ausbaues die Verantwortung für die betroffenen Immobilien ablehne. Hier müsse dringend nachverhandelt werden. Im übrigen sei auch er der Ansicht, dass hinsichtlich der Kosten für das Kreistierheimes der Kreis einspringen müsse, die Finanzierung dürfe nicht an der Stadt Donaueschingen hängen bleiben.

Stadtrat Greiner: Auch er sei der Ansicht, dass bei dem Kreistierheim auch andere Kommunen des Kreises einspringen müssten, insbesondere was die Baukosten angehen. Zudem müsste eine weitergehende Verantwortung des Bundes geprüft werden.

Stadtrat Karrer: Bei dem Zusammenfluss handle es sich um eine wichtige Ausgleichsmaßnahme für den Bau der B27. Somit sehe er nach dem Verursacherprinzip auch den Bund in der Verantwortung. Ein Bau des Kreistierheimes auf Kosten der Stadt Donaueschingen sei zudem nicht akzeptabel, hier müsse der Kreis einspringen.

Herr Bunse: (auf Frage von Stadtrat Karrer) Die angegebenen Kosten für das Kreistierheim beinhalten auch die Erschließungskosten. Auch die Außenanlagen seien in den Kosten enthalten.

Er müsse im übrigen klarstellen, dass die Ausgleichsmaßnahme des Bundes nicht den Zusammenfluss selbst erfasse. Zur finanziellen Beteiligung des Bundes sei zu sagen, das der Bund den Restwert und den Abbruch der Gebäude finanziere. Man habe jedoch deutlich klar gemacht, dass man nicht den Neubau finanzieren werde.

Die ursprünglichen Kosten waren noch um 1/3 höher angesetzt, insofern sei bereits eine erhebliche Reduzierung erfolgt. Jedoch werde auch die Stadt auf eine weitere Minimierung der Kosten drängen.

Herr Hornung (Kleingartengemeinschaft): Er weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die vorhandene Zufahrt nicht mehr ausreichend sei, wenn dort auch die Hundefreunde angesiedelt werden. Ein Ausbau der Zufahrt sei dann erforderlich. Zudem sei der geplante Großparkplatz dringend erforderlich, da bereits momentan eine große Verkehrskonzentrierung vorhanden sei und diese durch die zusätzlichen Ansiedlungen noch erhöht werde.

Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss stimmt dem vorgestellten Standorten für das Kreistierheim, das Gebäude und Gelände der Hundefreunde und für den Großparkplatz Haberfeld zu.

2. Die Kosten der Gesamtmaßnahme sind zu optimieren. Zudem ist der Finanzierungsanteil der Stadt Donaueschingen zu limitieren. Die Verwaltung wird beauftragt, in weiteren Verhandlungen mit dem Bund sowie dem Landkreis bzw. den Kommunen des Landkreises eine solidarische Finanzierungsbasis zu finden, durch die den jeweiligen Interessen der Beteiligten Rechnung getragen wird.

3. Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die genannten Mittel in den Jahren 2017 ff. zur Verfügung zu stellen.

(einstimmig)

10) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Seitens der Gemeinderäte wurden keine Fragen gestellt.